

PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 432
Thema: Spielhallen

Redaktion: Sandra Freudlsperger
Datum: 18. Oktober 2010

BUNG: SENAT DARF ZU DEN SPIELHALLEN KEINEN PAKT MIT DEM TEUFEL SCHLIESSEN

Die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, **Stefanie BUNG**, erklärt:

"Die Haltung des Senats, der unkontrollierten Ausweitung der Spielhallen weiter Vorschub leisten zu wollen, ist unerträglich.

Die Vorstellung von Wirtschaftssenator Wolf, die Spielhallenproblematik mit dem stumpfen Schwert des Gewerberechts lösen zu können, ist durch jahrzehntelange Erfahrungen endgültig widerlegt.

Wenn Spielhallen heute in der Berliner Morgenpost als "Eingang zur Hölle" bezeichnet werden, dann darf man nicht – wie es der Senat es offensichtlich plant – einen Pakt mit dem Teufel schließen, indem man den Wildwuchs der Spielhallen tatenlos zusieht, damit man über die Erhöhung der Vergnügungssteuer mit verdienen kann, sondern man muss diesen Eingang für immer verschließen.

Das dies im verfassungsrechtlichen Rahmen möglich ist, hat die Gesetzesinitiative der CDU-Fraktion gezeigt.

Unser Gesetzentwurf ist inzwischen flächendeckend aus der gesamte Republik nachgefragt und in diesem Zuge bereits auch informell überprüft worden. Alle Anmerkungen haben uns bestätigt, dass unser Vorschlag zur Begrenzung der Spielhallen verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden ist. Wir fordern SPD und Linke auf, diesen Entwurf im Schulterschluss gegen die Spielsucht und für den Jugendschutz noch in diesem Jahr zu beschließen."